

Wie es Adorno posthum zu einem Bestseller bringt und die Sache, um die es geht:

„Aspekte des neuen Rechtsradikalismus“

Von Georg Schuster

„Man sieht an dem sprechenden Adorno, was beim Lesen seiner Bücher nicht unmittelbar klar wird, dass er offensichtlich Zeitung liest.“
(Prof. Axel Honneth über seinen Vorgänger am Frankfurter Institut für Sozialforschung)

Der Fahnenwechsel kommt aus der Mitte.
(AfD-Vordenker)

Ein erst jetzt bei Suhrkamp verschriftlichter Vortrag von Theodor W. Adorno vom April 1967 an der Wiener Universität hat sich im Sommer 2019 mehr als hunderttausendmal verkauft, und die Rezensenten sind des Lobes voll über die *aktuelle Bedeutung* der beim Reden verfertigten Gedanken des Philosophen zum damals wiederauflebenden Rechtsradikalismus. „Was würde Adorno heute zum sogenannten *Rechtspopulismus* sagen?“, fragt die FAZ und kann „eine ziemlich verlässliche Antwort geben, denn der Philosoph [hielt] einen Vortrag, [der ...] zum Teil verblüffend gut auch zur jetzigen Lage pass[t]“. Auch die SZ hat „verblüffend oft [...] den Eindruck, dass das, was dort steht, nicht vor einem halben Jahrhundert gedacht worden ist, sondern gerade eben erst“. Für den Tagesspiegel liest sich der Text „in vielem wie ein Kommentar zum Aufstieg der AfD“. Und für die FR enthält die Vorlesung nicht nur verblüffend viel, sondern „bereits alles: die Ursachen, die Lügen, die Präsenz in der Mitte. Man nimmt den mehr als 50 Jahre alten Text in die Hand und ist nach wenigen Sätzen erschrocken über die Aktualität der herausgegriffenen Aspekte.“ Es führt also dem Vernehmen nach nicht in den Elfenbeinturm, wenn man dem behaupteten Gegenwartsbezug Adornos einmal nachspüren will.



Von Jeremy J. Shapiro - Cropped from
<File:AdornoHorkheimerHabermasbyJeremyShapiro2.png>,
CC BY-SA 3.0, <https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=5732061>

Lesehinweis: Das versucht dieser Aufsatz sowohl kritisch wie positiv zu leisten. Der Abschnitt I kritisiert die „Aspekte“, die Adorno anführt und die einige seiner Interpreten ergänzen. Der Abschnitt II stellt dem ein paar theoretische Überlegungen zum deutschen Rechtspopulismus gegenüber. Wer knapp bemessene Lesezeit hat, soll sich dann eher den zweiten Teil vornehmen.

I. Adorno und seine Interpreten

1. Eine Podiumsdiskussion mit ‚Themaverfehlung‘

Die „Aktualität Adornos“ hatte sich Mitte August auch eine überfüllte Frankfurter Veranstaltung vorgenommen, auf deren Podium sich die Politologin Nicole Deitelhoff, der Publizist Michel Friedman, die Kulturdezernentin Ina Hartwig sowie der oben erwähnte Honneth einfanden und die ein Zitat aus dem Vortrag des Altmeisters zu ihrem gewichtigen Titel gemacht hatte: „*Die gesellschaftlichen Voraussetzungen des Faschismus dauern fort*“¹. Allerdings blieben der Titel und die unter ihm verhandelten Themen ohne erkennbar hergestellten Bezug – fast so, als wären die Redner dem bekannten Diktum des Adorno-Kollegen Horkheimer gefolgt, dass vom Faschismus schweigen soll, wer vom Kapitalismus nicht reden will. Wenn am Rande dennoch von demselben gesprochen wurde, geschah das in einer Weise, die doch ein wenig den Elfenbeinturm hochstieg. Honneth fragte, ohne genauer zu werden, ob die *früher einmal vorhandene linksliberale Mehrheit in diesem Lande zu wenig unternommen habe gegen die Ökonomisierung der Demokratie* – was immer mit der Andeutung einer Staatsform als Wirtschaftsobjekt gemeint sein und mit den Neuen Rechten zu tun haben soll. Jedenfalls hätten „wir“, das Nomen zum Fürwort blieb auch unbestimmt, *die Effekte der finanzkapitalistischen Globalisierung nicht hinreichend bekämpft* – die ‚unsere‘ Politiker doch gerade herbeiregiert haben. Kurze Erwähnung bei Hartwig fand die *Arbeitslosigkeit* – mit dem vorausgeschickten Wunsch, *die Psychoanalytiker sollten sich in diesen gesellschaftspolitischen Diskurs einmischen*, weshalb der Verlust der Einkommensquelle gleich *als Problem von Identität, Status und narzisstischer Kränkung* daherkam. Honneth gab als Ansicht Adornos wieder, *die psychischen Antriebe des Rechtsradikalismus seien die von gestörten, autoritätsgebundenen Persönlichkeiten* – aber nicht, um den Wahrheitsgehalt der These zu prüfen, sondern *um skeptisch zu fragen, ob unter dieser Prämisse ein Streit mit den Rechtsradikalen noch als möglich zu betrachten sei*, als wäre das abhängig von einer interessierten *Betrachtung* der Sache, nicht von ihr selbst. Friedmann seinerseits *empfahl diese Auseinandersetzung, schließlich* – da ist ihm zuzustimmen – *seien diese Rechten nicht unvernünftig*. Ansonsten stellte er schlicht fest, *der Rechtsradikalismus sei ein Kontinuum und noch mitten unter uns. Er gehöre zum Establishment und die AfD-Führer seien Bürgertum, Akademiker, nicht Opfer des Neoliberalismus*. Warum das so sei, blieb offen; *es gebe* – da hat Friedmann einerseits wieder Recht – *keine Kausalität, warum ein Mensch rechtsradikal wird*. Aber so etwas wie Gründe dafür werden sich doch wohl finden lassen. Honneth entdeckte stattdessen *eine Diskontinuität im heutigen Rechtsradikalismus, der nicht (wie der alte) den Kommunismus, sondern nun den multikulturellen Liberalismus zum Gegner mache* – ein Umstand, den Deitelhoff, *siehe das* „links-rot-

¹ Zitat aus dieser Podiumsdiskussion im Folgenden sinngemäß und *schräg gedruckt*; sie können aber unschwer im Original nachgehört werden unter: <https://www.youtube.com/watch?v=Wmsgdm5c6vA#action=share>.

grün-verseuchte 68er-Deutschland“ (Meuthen, AfD), umgekehrt als Kontinuität sehen wollte. Eine Differenz zu früher sei dagegen, wie die Digitalisierung den Rechtsradikalismus entfesselt habe ...

Globalisierung, Ökonomisierung, Digitalisierung, Arbeitslosigkeit, Antikommunismus oder der autoritäre Charakter – auf ‚die fortdauernden Voraussetzungen des Faschismus‘ wollten sich die Redner – unbekümmert um den reißerischen Veranstaltungstitel – partout nicht beziehen. Ihre stichwortartigen Andeutungen und Anhaltspunkte für weitere Assoziationen schienen ihnen und vermutlich auch der überwiegenden Zuhörerschaft theoretisch und politisch zu genügen. Anders gesagt: Das durchaus vorhandene Interesse, den aufstrebenden Rechtspopulisten etwas entgegenzusetzen, sieht sich offenbar mit einer Art ihrer Kritik ganz gut bedient, die, wie gesehen, die zu bestimmenden Ursachen im Unklaren lässt. Denn im demokratischen Licht betrachtet ‚erklären‘ sich diese Neuen Rechten als eigentlich nicht vorgesehene politische Abweichung, so dass laut Honneth, erneut, „wir“ uns fragen müssen, was wir falsch gemacht haben – so als seien diese erfolgreichen Populisten ohne ‚unsere‘ Fehler gar nicht recht denkbar, – *wenngleich diese Frage, so der skeptische Sozialphilosoph, fast unmöglich zu beantworten sei.* Die Politologin tat sich darin leichter und diagnostizierte, *die Politik habe sich immer mehr aus der Öffentlichkeit zurückgezogen und sei wie eine alternativlose Verwaltung erschienen, nicht als etwas, worüber man streiten konnte.* Zwar ist dieser angebliche politische Rückzug schon empirisch nicht nachzuvollziehen, aber diese Betrachtungsweise hat zumindest den Vorteil, dass die Therapie der Verfehlung damit auf der Hand liegt, nämlich *die Rettung des demokratischen Projekts durch den Mut, es wieder zum Gegenstand von Auseinandersetzungen zu machen und es streitend immer neu zu erzeugen.* Großer Applaus im Publikum, das man gerne gefragt hätte, ob diese Herbeiführung eines basisdemokratischen Überschwangs am Abend auch mit ein paar Einsichten einhergehe.

2. Was der Vortragende selbst sagt

a) „Voraussetzungen“

Wenn Adorno seine Vorlesung von 1967 „Aspekte des neuen Rechtsradikalismus“ nennt und eingangs von „losen Bemerkungen“ spricht, die „andere theoretische Interpretationen nicht außer Kraft setzen“ (S. 9²) sollen, kommt er der heute selbstverständlichen Sitte im akademischen Pluralismus nahe, unterschiedliche bis widersprüchliche Deutungen desselben Gegenstandes mit der zugehörigen Skepsis nebeneinander stehen zu lassen und so auch für sich in Anspruch zu nehmen, einen eigenen, weiteren „Aspekt“ hinzuzufügen. In seinen Ausführungen wird Adorno dann aber doch etwas bestimmter als die heutigen ‚Aspektivisten‘: *„Ich habe im Jahr 1959 [...] die These entwickelt, dass der Rechtsradikalismus dadurch sich erklärt [...], dass die gesellschaftlichen Voraussetzungen des Faschismus nach wie vor fortbestehen. [...]*

2 Die Seitenangaben beziehen sich auf Theodor W. Adorno: *Aspekte des neuen Rechtsradikalismus - Ein Vortrag.* Berlin 2019

Dabei denke ich in erster Linie an die nach wie vor herrschende Konzentrationstendenz des Kapitals [...]. Diese Konzentrationstendenz bedeutet nach wie vor auf der anderen Seite die Möglichkeit der permanenten Deklassierung von Schichten, [...] die ihre Privilegien, ihren sozialen Status festhalten möchten.“ (S. 9 f.) „Trotz Vollbeschäftigung [... fühlen sich] im Zeitalter der Automatisierung [...] auch die Menschen, die im Produktionsprozess drinstehen, bereits als potentiell überflüssig.“ (S. 11 f.) „Diese Gruppen [...] verschieben die Schuld an ihrer eigenen potentiellen Deklassierung nicht etwa auf die Apparatur, die das bewirkt, sondern auf [linke Kritiker des Systems u.a.]“ (S. 10) Dem schließt Adorno an: „Es ist nun an die eigentümliche Situation zu erinnern, die herrscht mit Rücksicht auf das Problem des Nationalismus im Zeitalter der großen Machtblöcke. Innerhalb dieser Blöcke lebt nämlich der Nationalismus doch fort als Organ der kollektiven Interessenvertretung [...]. Soweit es sich etwa um das agrarische Potential des Rechtsradikalismus handelt, ist die Angst vor der EWG und den Konsequenzen der EWG für den Agrarmarkt hier sicher außerordentlich stark.“ (S. 12 f.) Die Grundvoraussetzung, die Adorno in Sachen Faschismus fortbestehen sieht, ist also die mit dem kapitalistischen Fortschritt einhergehende reelle oder drohende Verarmung breiter Schichten, was zum Anlass einer falschen, nationalistischen Schuldzuschreibung wird, die sich zudem noch aus dem Bestehen überstaatlicher Zusammenschlüsse nähren kann. Derart wollten die Frankfurter Diskutanten den Verhältnissen in Merkels Deutschland und Deutschlands Europa sicher nicht nähertreten. „Dass [... nach 1945] die Identifikation mit dem [NS-] System in Deutschland nie wirklich radikal zerstört worden ist“ (S. 17), läge ihnen vermutlich auch fern zu sagen.

b) „Überholtheit“

Bei Adornos ‚Voraussetzungen‘ bleiben freilich die geschädigten und bedrohten Interessen und – was keineswegs damit zusammenfällt – ihre politisierte Übersetzung in einen verletzten Patriotismus ziemlich ununterschieden. Ein Übergang zum Rechtsradikalismus ist aber ohne Letzteres nicht zu haben³. Diese, milde gesagt, Unklarheit bei Adorno⁴ zeigt sich auch in einem seltsamen Anschlussgedanken: „Zugleich aber [... hat der neue Nationalismus oder Rechtsradikalismus] angesichts der Gruppierung der Welt [...] etwas Fiktives. Es glaubt eigentlich niemand mehr so ganz daran. Die einzelne Nation ist in ihrer Bewegungsfreiheit durch die Integration in die großen Machtblöcke außerordentlich beschränkt.“ (S. 13) Es scheint fast, als prüfe Adorno hier, ob sein Glaube an den fortdauernden Nationalismus unter den Verhältnissen der Blockintegration noch bestehen kann, der ihn doch ‚objektiv‘ zur überholten Fiktion mache. „Man sollte nun daraus aber nicht etwa die primitive Folgerung ziehen, dass des-

3 Dazu auch der Abschnitt 4 „Was den Rechten zu sagen wäre“ im Aufsatz: *Migration und Rechtspopulismus - Die „Willkommenskultur“ hat fertig* unter <https://www.magazin-auswege.de/2018/12/die-willkommenskultur-hat-fertig/>

4 Daher kommen auch solche nachgeschobenen Vorbehalte: „Das Verhältnis dieser Bewegungen zur Ökonomie ist ein strukturelles Verhältnis, [... das] man sich aber nicht zu kurzfristig vorstellen kann und [...], wenn man etwa einfach Rechtsradikalismus mit Konjunkturbewegungen gleichsetzt, zu sehr falschen Urteilen gelangen kann.“ (S. 18) Das Missverständnis wäre obsolet, wenn der Rechtsradikalismus genauer bestimmt würde, als dass er „strukturell“ mit der „Konzentrationstendenz des Kapitals“ verbunden sei.

wegen der Nationalismus, wegen dieser Überholtheit, keine entscheidende Rolle mehr spielt.“ (ebd.) Na eben, und von wegen „Überholtheit“, würde man sagen, wo Adorno am Beispiel des „agrarisches Potentials“ der Rechten im europäisierten Wirtschaftsraum doch selbst auf die aktuelle Relevanz hingewiesen hat. Er aber kriegt die Kurve aus dem selbstgestrickten Problem – historisch: *„Im Gegenteil, es ist ja sehr oft so, dass Überzeugungen und Ideologien gerade dann, wenn sie eigentlich durch die objektive Situation nicht mehr recht substantiell sind, ihr Dämonisches, ihr wahrhaft Zerstörerisches annehmen. Die Hexenprozesse [sic!] haben schließlich nicht stattgefunden in der Zeit des Hochthomismus, sondern in der Zeit der Gegenreformation.“* (ebd.) So geht offenbar das Argumentieren, wenn man das Verhältnis von Ideologien und Objektivität nicht klar hat bzw. – womöglich noch mit einem philosophisch missverstandenen Marx – meint, Letztere müsste Erstere ‚eigentlich‘ determinieren. Da braucht es dann theoretischen Manövrierraum. *„Und etwas Ähnliches [!] dürfte es mit dem, wenn ich es so nennen darf, ‚pathischen‘ Nationalismus heute auch auf sich haben.“* (S. 14) Mit dem griechischen Wort für ‚gefühl‘ unterstreicht Adorno noch einmal das *„Moment des Angedrehten, sich selbst nicht ganz Glaubenden“* (ebd.) – wie es, unbekümmert von seiner schon vor fünfzig Jahren gemutmaßten ‚Überlebtheit‘, derzeit als Rechtspopulismus Karriere macht ...

c) **„Demokratie“**

Dass Adorno *den* nicht zum Thema hat, ihn also auch nicht von den nationalistischen Varianten der 1930er oder 1960er Jahre abgrenzen kann, liegt auf der Hand. Was er aber zum Verhältnis von Demokratie und Rechtsradikalismus in der Bonner Republik mitteilt, ist einer der Gedankengänge, an denen heutige Anhänger Adornos die „verblüffende Aktualität“ festmachen: Die Neue Rechte sei *„Ausdruck dessen, dass dem [...] gesellschaftlich-ökonomischen Inhalt nach die Demokratie eben bis heute nirgends wirklich und ganz sich konkretisiert hat, sondern formal geblieben ist. Und die faschistischen Bewegungen könnte man in diesem Sinn als die Wundmale, als die Narben einer Demokratie bezeichnen, die ihrem eigenen Begriff eben doch bis heute noch nicht voll gerecht wird.“* (S. 18) Das ist zwar nicht ganz dasselbe wie die Auffassung, diese Rechten seien eine ‚eigentlich‘ nicht vorgesehene Störung im demokratischen Prozedere – der linke Philosoph sieht sie wieder ‚systemisch‘, gewissermaßen als ‚Notwendigkeit‘ einer Demokratie, die noch nicht ihrem Begriff entspricht –, kann aber un schwer dafür vereinnahmt werden. Beide Varianten sind überdies theoretisch schnell fertig mit der Frage nach Identität und Differenz von demokratischer Herrschaft und ihrer Kritik von Rechtsaußen.

d) **„Machttechnik“**

Dazu passt ein zweiter „Aspekt“, den die Laudatoren gerne aus Adornos Bestseller zitieren und kommentieren: *„Das Charakteristische für diese Bewegungen ist eine außerordentliche Perfektion der [...] propagandistischen Mittel, kombiniert mit Blindheit, ja Abstrusität der Zwecke, die dabei verfolgt werden. [...] So kann man beinahe sagen, dass in diesen rechtsradikalen*

Bewegungen die Propaganda ihrerseits die Substanz der Politik ausmacht.“ (S. 23 f.) Zwar lässt das „beinahe“ ein wenig Spielraum, aber behaupten will Adorno durchaus, die ‚Politik‘ der Rechten gehe substanziell in ihrer propagandistischen Praxis auf. Dass solche Bewegungen „keineswegs von einer durchgebildeten Theorie ausgehen“ (S. 33), ist dafür ein falsches Hilfsargument. Denn es ist sehr die Frage, ob bürgerliche Parteien wie die FDP oder die CSU in Sachen Theorie und Programmatik wirklich mehr zu bieten haben als z.B. eine AfD. Warum sollten Rechtspopulisten nicht in der Lage sein, nationale Aufbruchsprogramme sprachlich einwandfrei zu formulieren und im Fall von Regierungsmacht entsprechend umzusetzen? Die Konstruktion einer perfekten Propaganda, die mit blinden und abstrusen Zwecken einhergehen soll, taugt nur dazu, dem Rechtsradikalismus so etwas wie eine politische Raison abzusprechen bzw. seine Politik in ein leeres Streben nach Macht zu verwandeln: „Diese Bewegungen [sind] prinzipiell überhaupt nur Machttechniken.“ (S. 33) „Ich möchte noch einmal sagen, dass es im Faschismus nie eine wirklich durchgebildete Theorie gab, dass immer sous-entendu [unausgesprochen] war, dass es auf Macht, begriffslose Praxis, schließlich auf unbedingte Herrschaft ankam.“ (S. 40 f.) Dass der Philosoph für diese steile These im Folgenden erneut eine ‚systemische Determinante‘ anbietet, unterscheidet ihn wieder ein wenig von der Mainstream-Kritik am Rechtspopulismus, macht die Sache aber nicht besser: „Ich glaube, dass diese Konstellation von rationalen Mitteln und irrationalen Zwecken [...] der zivilisatorischen Gesamttendenz [!] entspricht, die auf eine Perfektion der Techniken und Mittel hinausläuft, während der gesamtgesellschaftliche Zweck dabei unter den Tisch fällt.“ (S. 23) „Es liegt das im Übrigen auch im Geist der Zeit: die Vorherrschaft einer begriffslosen Praxis.“ (S. 41) Bei dieser „Gesamttendenz“, die auch die extreme Rechte affizieren soll, mag der Marx-kundige Leser lose an die absurden und schädlichen Zwecke im Kapitalismus denken, die sich hinter dem Rücken des durchaus überlegten Handelns der Einzelnen durchsetzen und es so als ‚begriffslos‘ erweisen. Aber auch wenn Zwecke irrational sind, haben sie in der Welt doch bloß Bestand, weil kein „Geist der Zeit“, sondern mächtige Akteure sie aus ihren Interessen heraus ins Werk setzen. Vielleicht würde Adorno in Sachen „Propaganda als Substanz der Politik“ anders urteilen, hätte er die diversen Rechtspopulisten vor sich, die mittlerweile an der Macht sind.

e) „Massenpsychologie“

Der dritten Gesichtspunkt, der gerne zitiert wird, betrifft die psychologische Seite der rechtsradikalen Angelegenheit – eine passende Fortsetzung ihrer ‚Entpolitisierung‘. Adorno versieht ihn im Vortrag mehrfach mit Vorbehalten, die seiner Popularität aber keinen Abbruch taten und tun. Vor der ersten sozialpsychologischen Bemerkung betont er, dass er „weiß Gott diese Dinge nicht für primär psychologische Fragen [hält]“. (S. 17) Des Weiteren spricht er „gerade zu denen unter Ihnen, die mit Recht gegen eine bloß psychologische Deutung gesellschaftlicher und politischer Phänomene skeptisch sind“. (S. 20) Auch abschließend ist er sich „bewusst, dass der Rechtsradikalismus kein psychologisches und ideologisches Problem ist, sondern ein höchst reales und politisches.“ (S. 54) Dem folgt, es kann nicht anders sein, ein

großes Aber, nämlich: „Aber das [...] Unwahre seiner eigenen Substanz zwingt ihn, mit ideologischen [...] Mitteln zu operieren.“ (ebd.) Das klingt zwar nicht schlüssig, weil es die Lüge aus einem Mangel an Wahrheit erklärt und nicht aus ihrem Zweck und Nutzen, taugt aber dazu, das sozialpsychologische Theorem vom „autoritären Charakter“ im Spiel zu halten. Davon ist in der Vorlesung kursorisch die Rede: „Die Propaganda ist vorwiegend eine massenpsychologische Technik. Zugrunde liegt dabei das Modell der autoritätsgebundenen Persönlichkeit, und zwar heute genau wie zur Zeit von Hitler [...] oder wie irgendwo sonst.“ (S. 41) Dass die Anführer und Gefolgsleute der Neuen Rechten eine psychologische Seite ihr Eigen nennen, wird stimmen. Zu fragen wäre aber, ob diese Psychologie – statt ein Begleitumstand der populistischen Politisierung zu sein – deren wesentliche Grundlage ist: eine zwar von außen kommende – gemeinhin „den Verhältnissen“ oder „der Erziehung“ zugeschriebene –, dann aber verinnerlichte und der Person gar nicht bewusste Disposition. Da wäre natürlich auch die Frage, wieso man in Gestalt von Adorno von einer Sache wissen kann, der man die Eigenschaft zuspricht, sich zielsicher dem Bewusstsein zu verbergen – was zudem ein Vorgang sein soll, den die betroffene Person selbst betreibt, ohne das zu bemerken. Das gerade mache die rechte Propaganda so perfide wie wirksam: „Die unbewussten Tendenzen, welche die autoritätsgebundene Persönlichkeit speisen, werden nicht etwa von dieser Propaganda bewusst gemacht, sondern im Gegenteil, sie werden noch mehr ins Unbewusste gedrängt, sie werden künstlich unbewusst gehalten.“ (S. 42) Adorno bemüht sich zwar um die Bebilderung eines Vorgangs, der das Unbewusste „künstlich“ noch unbewusster macht, und „erinner[t] dabei nur an die überwertige Bedeutung sogenannter Symbole“ (ebd.), wobei man wohl an Eisene Kreuze u.Ä. denken soll, steigert den Erklärungswert damit aber nicht. Auch muss er für diese Gedanken, die derart ins Innere der Persönlichkeit vorstoßen, im Grunde nur wenig Zeitung lesen. Vieles erklärt sich für ihn quasi anthropologisch – „heute genau wie zur Zeit von Hitler oder wie irgendwo sonst“ – oder eben fundamental psychologisch: „Wenn ich psychoanalytisch reden sollte, würde ich sagen, es sei sicherlich nicht die geringste der Kräfte, die hier mobilisiert werden, [wenn] an den unbewussten Wunsch nach Unheil, nach Katastrophe in diesen Bewegungen appelliert wird. [...] Wer nichts vor sich sieht, wer die Veränderung der gesellschaftlichen Basis nicht will, dem bleibt eigentlich gar nichts anderes übrig, als [...] den Untergang des Ganzen“ (S. 20) zu wollen. Natürlich will der Rechtsradikale das wiederum nur deshalb, weil er davon gar nichts weiß.

3. Noch ein paar Wortmeldungen zum Thema

a) Aus der Tiefe

Der Herausgeber des gedruckten Vortrags, Volker Weiß, meint in seinem Nachwort eine Erläuterung zu diesen ‚unbewussten Kräften‘ anbieten zu können und geht mit einem Zitat über „Adornos Anthropologie“ in die menschliche Vorgeschichte: „Indem die Individuen das

Kollektivsubjekt der Nation oder den Führer zu ihrem Ideal machen [...], verwirklichen sie ein Stück jenes archaischen Größen-Selbst, dessen Realisierung in der Existenz des je Einzelnen ihnen versagt ist.“ (Stefan Breuer, S. 73) ‚Unseren‘ Nationalismus dürfen ‚wir‘ Normalverbraucher uns irgendwie auch als Erbe der Jungsteinzeit vorstellen. Ein anderer Interpret Adornos, Götz Eisenberg⁵, trägt in Sachen dunkle Tiefe noch Folgendes bei: *„Statt die dumpf im psychischen Untergrund schwelenden Ressentiments und die frei flottierenden Ängste über sich selbst aufzuklären und ins Bewusstsein zu heben [...], eignen [die Rechtsradikalen] sich diesen Rohstoff so an, wie er bereit liegt, und setzen ihn für ihre Zwecke in Gang.“* Was für Zwecke das sind, erfährt man weiter nicht, wichtiger scheint zu sein, woher sie kommen: *„Der Rechtsradikale ist einer, der Angst hat. Nicht vor den Juden und den Fremden, sondern vor sich selbst, seiner Freiheit, seinen Trieben, vor der Veränderung der Gesellschaft. Dann erfindet er ‚den Juden‘ und den ‚kriminellen Ausländer‘, auf den er all das verschiebt.“* Wenn Rechtsradikale aus lauter Angst die Fremden in Furcht und Schrecken versetzen, bearbeiten sie also ein Psycho-Problem mit ihrem verkorksten Selbst.

b) In die Katastrophe

Ob Adorno solche Weiterungen unterschrieben oder ihnen noch eine methodische Warnung vor der Psychologisierung des Politischen angefügt hätte, sei dahingestellt. In seiner Schrift *Erziehung nach Auschwitz*, verfasst ein Jahr vor dem Wiener Vortrag, liest man: *„Ich möchte nachdrücklich betonen, dass die Wiederkehr oder Nichtwiederkehr des Faschismus im Entscheidenden keine psychologische, sondern eine gesellschaftliche Frage ist. Vom Psychologischen rede ich nur deshalb so viel, weil die anderen wesentlicheren Momente dem Willen gerade der Erziehung weitgehend entrückt sind, wenn nicht dem Eingriff der Einzelnen überhaupt.“* Es passt aber nicht zusammen, wenn „das Psychologische“ dem Willen einerseits zugänglich, andererseits von „unbewussten Tendenzen und Wünschen“ geprägt sein soll. Adorno hat zum Übergang ins Psychologisieren jedenfalls selbst kräftig beigetragen. In seiner Diagnose, der Rechtsradikalismus folge einem Katastrophen-Wunsch, lehnt er sich an Sigmund Freud an: *„Unter [seinen] Einsichten [...] scheint mir eine der tiefsten die, dass die Zivilisation ihrerseits das Antizivilisatorische hervorbringt und [...] im Zivilisationsprinzip selbst die Barbarei angelegt ist.“* (ebd.) Tomasz Konicz hat diesen Gedanken unter der Überschrift *„Der alte Todesdrang der Neuen Rechten“* aktuell elaboriert⁶. Er zitiert Adorno: *„Die Zerfallstendenzen sind, dicht unter der Oberfläche des geordneten, zivilisatorischen Lebens, äußerst weit fortgeschritten“⁷*, und schließt dem an, *„der Destruktionsdrang des Kapitals [...], seine Flucht in Selbst- und Weltzerstörung, wird in der gegenwärtigen Krise manifest.“* *„Der dem Kapital latent innewohnende [...] Todestrieb will die Welt ins Nichts überführen [...]. Es ist ein subjektloser Nihilis-*

5 Götz Eisenberg: *Flaschenposten – Zum 50. Todestag von Theodor W. Adorno*, nachdenkseiten 4.8.19 (<https://www.nachdenkseiten.de/?p=53939#more-53939>)

6 <https://www.heise.de/tp/features/Der-alte-Todesdrang-der-Neuen-Rechten-4509009.html> vom 30.8.19; Zitate dort

7 *Erziehung nach Auschwitz*

mus, der sich krisenbedingt entfaltet.“ Dann benennt Konicz für den Nihilismus doch eine Art Subjekt, insofern sich „mit der Neuen Rechten derzeit in den meisten kapitalistischen Kernländern eine politische Strömung etabliert, die diese krisenbedingte Tendenz des Spätkapitalismus zur Selbstvernichtung zu ihrem politischen Programm erhoben hat.“ Dies würden die Rechtspopulisten aktuell u.a. durch die Leugnung und, wo dazu fähig, durch bewusste Verschärfung der Klimakrise bewerkstelligen. Der Autor bemüht auch Freud, der „ahnte, dass der Kapitalismus von einer unkontrollierbaren Eigendynamik angetrieben wird, er konnte sich [...] aber nicht anders helfen, als diesen gesellschaftlichen Fetischismus [...] durch die Einführung des ‚Todestriebes‘ zu erklären.“ Konicz könnte zwar anders, will aber seinerseits die wahren Gründe dieses ‚Todesdrangs‘ mit den Rechtspopulisten als „Avantgarde“ durch die Einführung eines subjektlosen Krisengeschehens erklären, das er dem Spätkapitalismus zuschreibt. Der ist tatsächlich für massenhaftes und weltweites Elend gut, wird aber erkennbar von marktwirtschaftlichen Interessen betrieben, die von Staaten, i.d.R. demokratischen, lizenziert sind. So sehr, dass die politische Gewalt beständig in den Gang der Geschäfte eingreifen muss, damit er nicht sich und sie und damit die ganze Gesellschaft aufs Spiel setzt. Die Analyse dessen ist erschreckend genug, nicht ganz einfach und mit der Prognose eines subjektlosen Untergangs nicht zu verwechseln.

c) Oder wie gehabt

Die Überführung des Rechtspopulismus ins Psychologische ist auch leichter, mehr im Mainstream nach Art der Podiumsdiskussion (s. Punkt 1) zu haben, wie es ein aktuelles Buch vorführt⁸: „Der Erfolg der AfD [ist] erstaunlich, gemessen an [...] der eher widersprüchlichen und unausgereiften Programmatik. So offenbarte ein [...] ZDF-Sommerinterview mit Alexander Gauland, dass die AfD auf zahlreiche politische Themen keine wirkliche Antwort hat.“ So die Einleitung, obwohl die Autoren in einem Interview zum Buch⁹ gleichzeitig das Gegenteil mitteilen: „Die AfD ist eine hochprofessionelle und strategisch handelnde Partei, die gezielt auf starke Emotionen setzt.“ (Walther) „Dass sich die Partei in vielen Bereichen noch nicht klar positioniert hat, ist strategisch und kein Missgeschick. Diese Mehrdeutigkeit ist gewollt [...]. Die AfD möchte für Hartz-IV-Empfänger genauso wie für die sogenannte Wirtschaftselite attraktiv sein.“ (Isemann) Sei’s drum, die Autoren wollen die Sache ja partout psychologisch aufziehen, also ‚schlussfolgert‘ die erwähnte Einleitung: „Die Wirkung der AfD scheint folglich weniger in einer stringenten und argumentativ überzeugenden Sachpolitik zu wurzeln, als vielmehr in psychologischen Faktoren. Dieses Buch befasst sich mit diesen Faktoren.“ Auch ein anderer Widerspruch lässt die Autoren unbekümmert. Sie zitieren zwei Kollegen: „Der populistische Agitator verführt seine Zuhörer nicht, er greift in fast schlafwandlerischer Sicherheit deren Bedürfnisse auf“¹⁰, und erklären gleichzeitig im Interview Gegenteiliges: „Ein Teil der

8 Eva Walther, Simon Isemann (Hrsg.): *Die AfD – psychologisch betrachtet*. Wiesbaden 2019; Zitate dort, wenn nicht anders vermerkt

9 uni-trier.de vom 31.7.19

10 O. Decker u. E. Brähler: *Flucht ins Autoritäre*. 2018

AfD-Wählerschaft kommt aus ökonomisch prekären Verhältnissen. Im AfD-Wahlprogramm ist aber kaum Verbesserung für ärmere Schichten in Sicht. Im Gegenteil. Mit der AfD geht die Schere zwischen arm und reich weiter auseinander. So soll die Erbschaftssteuer abgeschafft werden. Die Vermögenssteuer ist ein rotes Tuch für die AfD.“ Und diese Öffnung der Schere kann dann zugleich als Aufhänger für eine „regressive und inszenierte Rebellion gegen die [...] Folgeschäden der neoliberalen Transformation des Kapitalismus aufgefasst werden“, wie das Buch zustimmend einen Gewerkschafter zitiert¹¹. Hauptsache, die ‚Regression‘ von der Politik in die Psyche der Rechten kommt voran, dann entpuppen sich die „Bedürfnisse“ eben glatt als „Selbstwertanhebung durch Nationalismus, Fremdgruppenabwertung, Restauration von Maskulinität durch Heldennarrative“ und andere Legenden.

Es ist also eine Sache, wenn Adorno am Ende seines Vortrags dazu aufruft, „mit einer durchschlagenden Kraft der Vernunft“ dem rechten Radikalismus entgegenzutreten und dabei zu wissen, „wie diese Dinge weitergehen und die Verantwortung dafür, wie sie weitergehen, das ist in letzter Instanz an uns“ (S. 55). Auch die systemkritische Ergänzung im Nachwort ist sicher gut gemeint: „Die alleinige Verteidigung des Status quo [werde] als Abwehrstrategie fehlgehen“ (S. 86). Eine andere Sache aber ist das leidige Faktum, dass Adorno und seine Interpreten keineswegs „bereits alles: die Ursachen, die Lügen, die Präsenz in der Mitte“ mitteilen, wie es die eingangs zitierte FR anpreist. Es ist wohl so, dass eher die falschen „Aspekte“, die eine theoretische ‚Entpolitisierung‘ der Neuen Rechten beinhalten, an Adornos Vortrag geschätzt werden. Zu einer richtigen Erklärung will der folgende Abschnitt beitragen.

II. Die Sache, um die es geht

1. Gegen die *Political Correctness*

Ein Analyse des Rechtsradikalismus der 1960er Jahre, hauptsächlich veranlasst durch den Einzug der NPD in ein halbes Dutzend Landesparlamente, kann schon per se nicht „bereits alles“ (FR) zum heutigen Rechtspopulismus einer AfD enthalten. Die Neuen Rechten damals und heute gehören spezifischen Etappen des deutschen Wiederaufstiegs mit dem zugehörigen Bündnisnationalismus an, in deren Kontext sie zu untersuchen sind. Der Bezug auf die Nationalsozialisten, die schon gleich in eine andere Epoche der Staatenkonkurrenz fallen, ist theoretisch ebenfalls wenig aufschlussreich. Der bemühte Vorwurf, die AfD oder Flügel davon würden diesen alten Zeiten nachhängen, entstammt eher der Absicht, sie aus dem Spektrum koalitionsfähiger Demokraten auszugrenzen. Und umgekehrt kündigt die Historiographie des Typs „Vogelschiss“¹² oder „Denkmal der Schande“¹³ von einer fortgeschrittenen Vaterlands-

11 H. J. Urban: *Epochenthema Migration*. 2018

12 „Hitler und die Nazis sind nur ein Vogelschiss in über 1.000 Jahren erfolgreicher deutscher Geschichte“. (Alexander Gauland, MdB) Zitate, wo nicht anders angegeben, unter: <https://wir-sind-afd.com/>

liebe, die sich von einem – eingestandenermaßen – ‚dunklen Kapitel‘ der Nationalgeschichte nicht mehr irritieren lassen und mit dem „Schuldkult“ endlich Schluss machen will¹⁴.

Zugleich sind solche Sprüche Bestandteil des rechtspopulistischen Kulturkampfes. „*Dieses Land leidet unter der Herrschaft der politischen Korrektheit. Es gibt gewisse Politikfelder, die man nur mit größter Vorsicht betreten kann. Ich nenne hier das Thema Einwanderung, Islam beispielsweise oder Familienpolitik.*“¹⁵ Wo der ‚politisch korrekte‘ Demokrat die ‚Vergangenheit bewältigt‘, Fremde begrenzt willkommen heißt oder wo er lieber hinter vorgehaltener Hand redet, da posaunt der Neue Rechte sog. ‚unbeliebte Wahrheiten‘ im Klartext hinaus. Nur er wage es nämlich, sich den Sprachregelungen einer Öffentlichkeit und ihres politischen Establishments, das er in „Alt-“, „System-“ oder „Kartellparteien“ organisiert sieht, nicht länger unterzuordnen: „*Die von vielen so genannte ‚Lügenpresse‘ hat sich ihren Namen nicht selten redlich verdient. [...] Das gebührenfinanzierte Staatsfernsehen markiert uns als Gegner, weil wir sagen, was nicht gesagt werden soll. [...] Die AfD ist der Garant für die freie Rede und die schonungslose, ehrliche Analyse der Lage.*“¹⁶. Daher kommt das verbissene Bemühen, mit einer politisch möglichst unkorrekten Wortwahl aufzufallen und den Mainstream zu provozieren, also „*Kopftuchmädchen, alimentierte Messermänner und sonstige Taugenichtse*“¹⁷, „*Kümmelhändler*“, „*linksextreme Lumpen*“¹⁸, „*kleine Halbneger*“¹⁹ oder die „*Dirne der Fremdmächte*“²⁰ so zu nennen, wie es sich für einen ordentlichen Deutschen gehört.

2. ‚Wir sind das Volk‘

Denn die ‚schonungslos ehrliche‘ Redeweise dieser Rechten nimmt vor allem in Anspruch, dem Volk aufs Maul zu schauen – unbesehen dessen, ob ‚das Volk‘ überhaupt so daherredet. Das demokratische ‚Establishment‘ verpasst ihnen daher gerne die abwertend gemeinte Bezeichnung „Populisten“, weil sie angeblich staatliche Grundsätze und Notwendigkeiten an Stimmungen und Begehrlichkeiten im Volk verraten oder dieselben parteipolitisch schüren und ausnutzen. Ein Vorwurf, den die ‚Altparteien‘ unter sich auch erheben, aber stets zurückweisen. Die AfD dagegen bekennt sich zu dem – von ihr etwas zurechtgerückten – Inhalt von ‚Populismus‘ und macht ihn stolz zu ihrem Alleinstellungsmerkmal: Ihr Verhältnis zum Volk

13 „*Wir Deutschen sind das einzige Volk der Welt, das sich ein Denkmal der Schande in das Herz seiner Hauptstadt gepflanzt hat.*“ (Björn Höcke, MdL)

14 „*Wenn die Franzosen zu Recht stolz auf ihren Kaiser sind und die Briten auf Nelson und Churchill, haben wir das Recht, stolz zu sein auf die Leistungen deutscher Soldaten in zwei Weltkriegen.*“ (Alexander Gauland, MdB) Vom Kaiserreich und vor allem von den Nazis künstlich abgetrennt, erfüllt die Wehrmacht als treuer Diener der deutschen Nation die neurechten Gemüter noch immer mit Stolz. Und eine kleiner werdende Minderheit davon würde in diesen Stolz noch gerne den Führer selbst und seine Bewegung einbeziehen.

15 Höcke im ZDF-Interview, 11.9.19; <https://www.zdf.de/nachrichten/heute/zdf-interview-mit-bjoern-hoecke-100.html>

16 Vierter der „*Fünf Grundsätze für Deutschland*“ vom November 2015, www.derfluegel.de

17 Dr. Alice Weidel, MdB

18 Beides von André Poggenburg, MdL

19 Jens Maier, MdB, über den Sohn von Boris Becker

20 Peter Boehringer, MdB, über die Kanzlerin

sei ein genuiner, unmittelbarer, nicht durch politische Berechnung oder intellektuelles Rasonement gebrochener Zusammenschluss mit ihm. Ihre Partei entspreche dem wahren Volkswillen und mobilisiere und erfülle ihn ohne Wenn und Aber. „Zahllose unserer Mitglieder verstehen die AfD [... als] Bewegung unseres Volkes“²¹. „Wir werden uns unser Land und unser Volk zurückholen.“ (Gauland) „Wenn wir kommen [...], dann wird wieder Politik für das Volk und nur für das Volk gemacht – denn wir sind das Volk, liebe Freunde.“²²

Die „lieben Freunde“, also mindestens die 34.000 Parteimitglieder, darunter gut 2000 Berufssoldaten, die einen solchen Ruf des Volkes vernehmen, indem sie ihn ertönen lassen, stellen schon in der Rhetorik klar, dass sie den Populismus ihrer Bewegung nicht mit dem Wunsch nach ‚Popularität‘ verwechseln. Ihr Volk wird nicht bedient, am Ende verwöhnt, sondern ist gefordert – seine schiere Existenz zu verteidigen: „Liebe Freunde, unser liebes Volk ist im Inneren tief gespalten und durch den Geburtenrückgang sowie die Masseneinwanderung erstmals in seiner Existenz elementar bedroht“. (Björn Höcke) Und wer ist für diese Doppelgefahr, die im rechten Jargon auch „Umvolkung“ genannt wird, verantwortlich? „Die alten Kräfte, also die Altparteien, auch die Gewerkschaften, vor allen Dingen auch die Amtskirchen und die immer schneller wachsende Sozialindustrie [...] lösen unser liebes, deutsches Vaterland auf wie ein Stück Seife unter einem lauwarmen Wasserstrahl.“ (Höcke) „Frau Merkel [...] begründet [die Zuwanderung] mit ‚humanitären Verpflichtungen‘. Verpflichtungen gegenüber der Zukunft des eigenen Volkes sind ihr unbekannt. Sie lockt damit hunderte Millionen Armutsflüchtlinge nach Deutschland.“²³ Dazu kommen die „Gesellschaftsexperimente der letzten Jahrzehnte wie Gender Mainstreaming oder Multikulturalismus“²⁴, die „glauben, dass Gesellschaft ohne Familie funktionieren kann oder dass jeder zu einem Deutschen wird, sobald er die Landesgrenze überschritten hat, [...] die die multikulturelle Gesellschaft erschaffen und die klassische Familie abschaffen wollen“²⁵. „Und was macht die Bundeswehr – [statt] die innere wie die äußere Sicherheit zu garantieren? Sie dient in der ganzen Welt fremden Interessen, während die hiergebliebenen Soldaten ihre Kasernen für Asylsuchende räumen und Toiletten in Erstaufnahmeeinrichtungen reparieren.“²⁶ „Nur das Staatsvolk der Bundesrepublik Deutschland“, heißt es im aktuellen Parteiprogramm der AfD, „kann diesen illegitimen Zustand beenden“²⁷.

3. Germany first!

Natürlich lockt die Kanzlerin keine „hunderte Millionen Flüchtlinge“ nach Deutschland oder Europa; so viele hat der globale Siegeszug der westlichen Werte noch gar nicht geschaffen. Die Einbürgerung erfolgt nach Gesetz und nicht bei Grenzübertritt. Die Familie bleibt die vor-

21 Erfurter Resolution, www.derfluegel.de

22 Markus Frohnmeier, MdB und Sprecher Alice Weidels, in Erfurt am 28.10.15

23 Wahlprogramm der AfD für Baden-Württemberg von 2016

24 Erfurter Resolution, a.a.O.

25 Zweiter Grundsatz, a.a.O.

26 Dritter Grundsatz, ebd.

27 https://www.afd.de/wp-content/uploads/sites/111/2018/01/Programm_AfD_Druck_Online_190118.pdf

herrschende Lebensform und die deutsche Geburtenrate ist auch nicht deshalb so niedrig, weil inzwischen ein Mann einen anderen heiraten oder ein drittes Geschlecht ins Personenstandsregister eingetragen werden darf. Und die Bundeswehr lässt die Landesverteidigung nicht zugunsten von Klempner-Einsätzen schleifen. Nach einer Seite hin sind solche Meldungen natürlich „*abstrus*“ (Adorno). Derartige Bilder vom ‚Untergang des Abendlandes‘, der Gott sei Dank „*eine Kraft für die gute Zukunft unseres Landes*“²⁸ auf den Plan gerufen hat, entstammen aber einem politischen Krisenbewusstsein, das ziemlich ernst zu nehmen ist.

In seinen Übertreibungen missdeutet dieser Befund zugleich die politische Rason, mit der die „Altparteien“ bislang die diversen nationalen Zwecke verfolgen. Die schicken natürlich keine Soldaten in die Welt, „um fremden Interessen zu dienen“, und verfrühstücken blauäugig ihre „Friedensdividende“, sondern wissen bis hin zu den Grünen, wie und mit welchem Militärgesamt ein Exportweltmeister global zu agieren hat. Migrationspolitik betreiben sie weder aus falsch verstandener Humanität noch zwecks „Volksaustausch“, sondern als Mitregler von Staats- und Gewaltaffären in ‚unserer Nachbarschaft‘, die sie noch weit hinter der Türkei und über die Sahara hinaus verorten. Dafür war die sog. „Willkommenskultur“ der relativ erfolgreiche und inzwischen auch gestorbene Versuch, zwischenstaatlichen Druck für eine deutsche ‚Problemlösung‘ aufzubauen. Die Europäische Union schließlich ist kein Ausverkauf der Vaterländer, auch kein „*seelenloser, technokratischer Apparat in der Hand von Globalisten*“²⁹, sondern ein unter deutscher Führung initiiertes Konkurrenz-Projekt gegenüber den USA und inzwischen auch China, für das sich Deutschland mit seiner D-Mark für zu klein befand. Auch die Arbeitnehmer-Freizügigkeit der EU, die der deutschen Stammbegleichschaft eine neuartige Billiglohn-Konkurrenz eingetragen hat, nützt der nationalen Wirtschaftskraft. Selbst die Politik gegen den Klimawandel, den die Regierung laut AfD zur „*Katastrophe hochstilisiert*“, dabei „*Ängste vor Treibhausgasen und der Kernenergie schürt*“ und so die „*Gefährdung unserer Energiesicherheit*“³⁰ sowie ein „*monströses Deindustrialisierungs-Programm*“³¹ betreibt, entspringt näher besehen dem Interesse, die deutsche Energiewende zu einer politökonomischen Erfolgsgeschichte zu machen³².

28 Kyffhäuser Manifest 2017, www.derfluegel.de

29 <https://www.derfluegel.de/2019/01/10/10-punkte-plan-zur-reform-des-europaeischen-projektes/>

30 Wahlprogramm 2016 für Baden-Württemberg. Unter dem Aspekt der zu schützenden Heimat könnten rechte Populisten den Klimagedanken durchaus auch aufgreifen. Ein Papier aus der „Jungen Alternative“ an den AfD-Bundesvorstand schreibt hierzu: „*Das Thema Klimawandel und Umweltschutz muss von uns stärker besetzt werden.*“ Ein Vorschlag zur ‚Thema-Besetzung‘ liegt gleich bei: „*In Schwellenländern solle die Entwicklungshilfe an die Einführung der ‚Ein-Kind-Politik‘ gekoppelt werden, um ‚dem größten Klimaproblem, der Überbevölkerung‘ Herr zu werden.*“ (Tagesspiegel 28.5.19) Auch die französischen Rechten versuchen sich an der wählerwirksamen Kombination von Ökologie mit Fremdenfeindlichkeit: „*Borders are the environment’s greatest ally; it is through them that we will save the planet.*“ (J. Bardella, „Rassemblement National“, *france24*, 20.4.19) Die AfD bestreitet aktuell noch den Klimawandel in der Mutmaßung, deutsche Interessen könnten unter diesem supranationalen Titel Schaden nehmen.

31 Alice Weidel am 11.9.19 im Bundestag

32 Vgl. dazu z.B. den Abschnitt 3 „*Von den wirklichen Gründen der ‚German Energiewende‘ und der Klimadiplomatie*“ im Aufsatz: *Die freitäglichen ‚Klimastreiks‘ und was dazu nicht im Schulbuch steht* unter

Allerdings, die moralischen Überschriften, unter denen diese Zwecke verfolgt werden, die hohen Werte, denen sie dienen sollen – Frieden und Entwicklung, Recht auf Migration und Zuflucht, gemeinsames Haus Europa, regelbasierter Multilateralismus, Mutter Erde usw. – kommen nicht von ungefähr. Der Sache nach sind sie die diplomatische Münze einer nationalen Interessenspolitik, die sich auf andere, ebenfalls hoheitlichen Staaten angewiesen weiß und diese für sich nutzbar machen will. Dabei unterscheiden sich Staatenbündnisse und -projekte wie EU, NATO oder TTIP von UN-Abkommen zu Klimaschutz oder Migration³³. Erstere schließen, der potenzierten Macht wegen, tatsächliche Beschränkungen der nationalen Souveränität bei Währung, Handel, Außenpolitik, Bewaffnung etc. ein, die dann Gegenstand von zwischenstaatlichem Dauergerangel sind. Zweitere konkurrieren darum, gemeinsam vereinbarte ‚Werte‘, unter denen sich ganz unterschiedliche und gegensätzliche Interessen aufgehoben sehen können, für die eigene Nation zu instrumentalisieren. Dasselbe Bestreben, gegebenenfalls zum eigenen Nachteil, räumt sie darüber freilich auch ihren Kontrahenten ein. Gerade im zweiten Fall neigen übrigens ‚links‘ gesonnene Menschen dazu, anlässlich der unter dem schönen Wertehimmel erbärmlich bleibenden Erde seine *tatsächliche*, nicht nur scheinbare Verwirklichung einzufordern, ohne zu bemerken, dass der beklagte Zustand schon die ganze Wirklichkeit desselben *ist*. Rechtspopulisten nehmen spiegelbildlich bereits in den Sprachregelungen des einen wie des anderen Falls einen Verlust bzw. Verrat der nationalen Selbstbestimmung wahr.

Notabene:

Der fortgeschrittene Zustand des Widerspruchs von Abstrichen bei der Souveränität zum Zweck ihrer Ausweitung lässt sich in Gestalt der EU besichtigen. Das Gegenbild liefert Trumps Amerika, das die Diplomatie der Bündnisse und Abkommen auf zwischenstaatliche, am besten bilaterale „*Deals*“ mit den USA zusammenkürzt, in denen sich das *Recht des Stärkeren* gebührend geltend machen kann. Vorangegangene Präsidentschaften hätten das zum Schaden der USA versäumt, sagt Trump unangefochten davon, dass ihre ‚multilaterale Ordnung‘ ihm immerhin das Weltgeld und die Waffen hinterlassen hat, mit denen er den Status der USA als Weltmacht Nr. 1 zu behaupten sucht. Seine zugehörige Twitter-Diplomatie fällt entsprechend aus.

4. Gegen den demokratischen Pluralismus

Die deutschen Rechtspopulisten sind nicht in dieser Lage. Aber auch sie lassen die inter-/nationalen Erfolge der Merkel-Administration und ihrer Vorgänger nicht gelten und werden dabei durch den Blick auf das vermehrte ökonomische und außenpolitische Gewicht einschließlich der territorialen Vergrößerung des Vaterlandes nicht irre. Im Rezept dieser Erfolge, dem skizzierten Bündnisnationalismus samt seiner Diplomatie entdecken sie die „*Aushöhlung der*

<https://www.magazin-auswege.de/2019/06/die-freitaeglichen-klimastreiks/>

33 Eine Erläuterung hierzu unter <https://de.gegenstandspunkt.com/artikel/un-migrationspakt>

Souveränität und der Identität Deutschlands“³⁴. Als ‚Erklärung‘ dafür stehen dann sehr disparate Dinge von der Vetternwirtschaft bis zur neoliberalen Intrige nebeneinander. Aber ungeachtet der in den vereinsnahen Filterblasen jeweils gefestigten Ansicht ist bereits klar, dass gegen den Niedergang der Nation nur einer erfolgreich zum Einsatz gebracht werden kann: *das Volk* höchstselbst. Nicht das in den praktischen Gegensätzen der Konkurrenzgesellschaft befangene, in ‚Deutsche erster und zweiter Klasse geteilte‘, in Parteien und Weltanschauungen aufgespaltene Volk, wie es geht und steht, sondern eines, das *„die Zerrissenheit über[wunden] und die Dinge in Ordnung [gebracht]“*³⁵ sehen will. Eines das als menschliche Grundlage einer starken und stolzen Nation taugt. Im Idealfall also eines, das diese Eigenschaft als seine ‚Identität‘ verlässlich im Blut hat. Auch wenn aufgeklärte Rechtspopulisten das ‚deutsche Wesen‘ ‚moderner‘ fassen, in jedem Fall steht das große Werk an, das Volk, wie es der ‚Parteien- und Medienfilz‘ haben gehen und stehen lassen, wieder auf Vordermann – also zunächst den ‚Asyltourismus‘ zur Umkehr, den ‚islamischen Ansturm‘ zum Halt und den ‚Genderwahnsinn‘ zum Schweigen zu bringen. Auch darf das Volk nicht länger zusehen, wie sein Wirtschaftsleben, seine Verteidigungsfähigkeit und seine Energieversorgung entnationalisiert werden.

Darüber erweitert sich das Spektrum der neurechten Aufgaben vom Angriff auf die *Political Correctness* auf die Änderung anderer politischer Sitten im Land. Zum Beispiel soll der auf ‚1968‘ zurückgehende rot-grüne Sumpf von den Grenzöffnern bis zu den Klimahysterikern trockengelegt werden, wobei die AfD schon mal anfragt, inwieweit Gesinnungen dieser Art sich im Schutz demokratischer Rechte wähen dürfen – geduldet vom wertpluralistischen Laissez-faire der Altparteien und ihrer Medien. Starke Sprüche hierzu – *„Wenn einmal die Wendezeit gekommen ist, dann machen wir Deutschen keine halben Sachen, dann werden die Schutthalden der Moderne beseitigt.“*³⁶ – ermutigen auch zu halbstarke, die von den Parteigränden dann wieder zurechtgebogen werden müssen: *„Ich sage diesen linken Gesinnungsterroristen, diesem Parteienfilz ganz klar: Wenn wir kommen, dann wird aufgeräumt, dann wird ausgemistet.“*³⁷ Aber auch die Stimmen, die verfassungsnahen Prinzipien betonen – *„Wir werden so lange durchhalten, bis wir 51 Prozent erreicht haben. Dieses Land braucht einen vollständigen Sieg der AfD.“* (Höcke) – geben zu verstehen, dass sie über die normaldemokratischen Verfahrensweisen hinauswollen. *„Wir warnen vor jedem Gedanken an verfrühte Koalitionen. Denn die AfD ist kein Steigbügelhalter, sondern möchte und wird einen Politikwech-*

34 Erfurter Resolution, a.a.O.

35 Das vollständige Höcke-Zitat lautet: *„Die Sehnsucht der Deutschen nach einer geschichtlichen Figur, welche einst die Wunden im Volk wieder heilt, die Zerrissenheit überwindet und die Dinge in Ordnung bringt, ist tief in unserer Seele verankert.“* Es trug zum Abbruch eines ZDF-Interviews bei; siehe Fußnote 15

36 Weiteres Höcke-Zitat im Kontext des abgebrochenen ZDF-Interviews; a.a.O.

37 Siehe Fußnote 22; vgl. auch: *„Bei uns bekannten Revolutionen wurden irgendwann die Funkhäuser sowie die Pressenhäuser gestürmt und die Mitarbeiter auf die Straße gezerrt. Darüber sollten Medienvertreter hierzulande einmal nachdenken, denn wenn die Stimmung endgültig kippt, ist es zu spät!“* (AfD Hochtaunus, hessenschau 30.8.18)

*sel durchsetzen.*³⁸ So kündigen diese Rechtspopulisten zumindest an, dass sie ihre Wahlergebnisse nicht zu einem koalitionswilligen Weiter-so, sondern zur Durchsetzung ihrer wesentlichen Ziele verwenden wollen. Die Praxis dazu steht allerdings noch aus.

Noch haben die neuen Populisten im Unterschied zu einigen Kollegen im Ausland keine Gelegenheit, ihren Worten größere Taten folgen zu lassen. Die Absicht aber, im Zusammenschluss mit dem Volk das „Parteiengezänk“ (Weidel u.a.) zu überwinden, fasst weitere Revisionen demokratischer Gepflogenheiten durchaus ins Auge. Eine von ihnen gilt dem Recht von Individuen und Gruppen auf Partikularität – vom Verfolgen ökonomisch und gesetzlich ermöglichter Eigeninteressen bis hin zum freien Meinens und Wählens samt seiner parteipolitischen Anleitung. Bei aller Gewähr dieser Pluralität beansprucht der demokratische Staat die Hoheit, zwischen den divergierenden Sonderinteressen zu vermitteln und sie auf ein Gemeinwohl zu verpflichten. Nicht anders sieht das der Bundespräsident, wenn er – hier gegen die AfD gerichtet – sagt, es gehe um „Respekt vor Andersdenkenden“, „Demokratie leb[e] von der Kontroverse“³⁹. Was also ein effektives Herrschafts-Verfahren gefestigter Demokratien darstellt, halten Rechtspopulisten für ein falsches Zugeständnis an konträre Begehrlichkeiten, ein auf Wählerstimmen zielendes Umwerben von lauter Besonderheiten, was die erforderliche Einheit des Volkes verunklart und spaltet, statt ihm seine nationale Rolle klar zuzuweisen. Für die Neurechten steht der demokratische Pluralismus für ein Auseinanderdriften der Nation und für eine Verkomplizierung ihrer erfolgreichen Führung. Das beinhaltet gleichzeitig die kritische Mahnung ans geliebte Volk, der partikularen Auflösung seiner Einheitlichkeit zu widerstehen und sich patriotisch zusammenzureißen: „Der Gegenentwurf muss auf Wir-Definition, also nationaler Identität, auf Ordnungsstaat und spürbarer Autorität, auf solidarischem Patriotismus [...] beruhen“⁴⁰.

Auch andere Institutionen der innerstaatlichen Aufgaben- und Gewaltenteilung einschließlich der „vierten Gewalt“ und der Kultur fordern die Staatskritik von rechts heraus. So verlangt die AfD in ihrem aktuellen Programm, es „müssen sich die Organe und Institutionen des Staats wieder an das Recht halten“⁴¹. Das klingt zunächst seltsam, denn die genannten Instanzen sind ja in der glücklichen Lage, sich den Rechtsstaat arbeitsteilig einzurichten, auf den sie sich verpflichten. Unterm Strich kündigt der Satz von der bekannten Unzufriedenheit damit, wie die „Systemparteien“ die Staatsaufgaben behandeln und stellt die überkommene Funktionalität in Frage, welche die ‚herrschende Elite‘ einvernehmlich den gemeinsam verwalteten Staatsämtern mit ihren kodifizierten Kontroll- und Vermittlungsaufgaben sowie dem Wettbewerb der Parteien zubilligt.⁴² Dass „die AfD den Einfluss der Parteien auf das Kulturleben zu-

38 Kyffhäuser Manifest 2017, a.a.O.

39 <https://www.tagesschau.de/inland/steinmeier-afd-101.html>

40 Götz Kubitschek, <https://sezession.de/61545/nach-den-wahlen-fuenf-anmerkungen>

41 AfD-Programm, a.a.O.

42 Rechte Regierungen in Ungarn oder Polen versuchen sich hier schon an Reformen, z.B. in der Judikative oder im Pressewesen. Der AfD bleibt einstweilen nur die öffentliche Beschwerde. Ein MdB möchte mehr

rückdrängen“ und „den öffentlich-rechtliche Rundfunk [...] zu einem Bürgerrundfunk“ machen will, der „nicht mehr von der Politik abhängig ist“⁴³, versteht sich bei Anklägern einer „Lügenpresse“ und eines „Staatsfernsehens“ ziemlich von selbst. Freilich mit dem Vorbehalt, dass die befreiten Medien ihre von rechts erkämpfte ‚Unabhängigkeit‘ nicht dazu missbrauchen, für das Gender-Mainstreaming und gegen die deutsche Braunkohle Stimmung zu machen oder die falschen Interview-Fragen zu stellen. Deswegen wäre eine AfD-abhängige Medienlandschaft gleich die sichere Bank: „Was fehlt, ist die eine große Zeitung, der eine große Sender, der sich entschliesse, das alternative Milieu wohlwollend abzubilden und zu Wort kommen zu lassen.“⁴⁴

5. „Normalität herstellen“

Gemessen am Generalverdikt des Parteiprogramms – „Heimlicher Souverän ist eine kleine, machtvolle politische Führungsgruppe innerhalb der Parteien. [...] Es handelt sich um ein politisches Kartell, das die Schalthebel der staatlichen Macht, soweit diese nicht an die EU übertragen worden ist, [...] in Händen“ und ‚uns‘ so an den Abgrund gefahren hat – sehen die geforderten Gegenmaßnahmen einigermaßen zusammengeschustert aus. Klar, die Autobahn ohne Tempolimit, das Bargeld und die Sonderschulen müssen gerettet, das Schächten und die Geschlechterquoten dagegen verboten werden – aber das sind nur „ein paar Reförmchen“ (Höcke)⁴⁵. Mehr AfD-Handschrift zeigen die fünf Seiten, die zum „Islam [...] unserer Werteordnung“ detailliert ausführen, was er sich bei ‚uns‘ abschminken kann, warum er also „nicht zu Deutschland gehört, Kritik am Islam erlaubt sein muss“ sowie „Auslandsfinanzierung von Moscheen“, „öffentlich-rechtliche Körperschaft für islamische Organisationen“ und „Vollverschleierung im öffentlichen Raum“ verboten gehören. Dem Thema „Einwanderung, Integration und Asyl“ widmen sich sogar 13 Seiten, weil die Rechten hier ihren größten Dissens zur Merkel-Republik und den besten Aufhänger ihrer Agitation sehen. Gerade so lang oder kurz wie wertebasierten Benimm-Regeln für den Islam ist wiederum der For-

politische Einmischung in die Justiz, denn er „hält Richter und Staatsanwälte für zu lasch. Es hilft die beste Polizei nichts, wenn eine linke Justiz Straftäter wieder laufen lässt.“ (A.P. Hampel laut Braunschweiger Zeitung vom 6.3.16) Zwei MdLs plädieren eher für Ausmischung. Als sie die türkischstämmige Landtagspräsidentin beleidigen und einen Sitzungsausschluss kassieren, der vom Landes-Verfassungsgericht bestätigt wird, kritisieren sie, diese „Justiz [sei] Anhängsel der Politik“ und ihr Urteil ein „Schauprozess“. (S. Räßle und W. Gedeon laut Tagesspiegel vom 22.7.19) Einmischung in die Politik war wiederum das Anliegen des ‚verunglückten‘ Tweets eines MdL und Staboffiziers a.D. anlässlich der Übernahme des Verteidigungsresorts durch Frau Kramp-Karrenbauer: „Wenn das die beste Personalie der alten Parteien für eines der wichtigsten Ämter unserer Nation ist, sagt das viel über den Zustand unseres Landes aus! Wann kommt endlich der Aufstand der Generale?“ (17.7.19) Gauland musste dann am 23.7.19 hinterhertexten: „Uwe Junge hat in pointierter Form darauf hingewiesen, dass die Bundeswehr seit Jahren vernachlässigt wird und beklagt, dass für die Besetzung des Amtes [...] allein parteitaktische Überlegungen ausschlaggebend sind. Und er hat die Generale aufgefordert, diese Entwicklung nicht länger kritiklos hinzunehmen. Daran kann ich nichts Verwerfliches entdecken.“

43 AfD-Programm, a.a.O.; daraus, wo nicht anders angemerkt, die folgenden Zitate

44 Kubitschek, a.a.O.

45 Vgl. Fußnote 15

derungskatalog zu „Arbeitsmarkt und Sozialpolitik“: „Arbeitsmarkt von unnötiger Bürokratie befreien; Bundesagentur für Arbeit auflösen und kommunale Jobcenter aufwerten; Mindestlohn beibehalten; soziale Sicherungssysteme [reformieren]; finanzielle Benachteiligung von Familien beseitigen; ‚aktivierende Grundsicherung‘ [betreiben durch] Arbeit, die sich lohnt; Kinder und Erziehungsleistung bei der Rente berücksichtigen; Pflege durch Angehörige aufwerten“. Hier wie in anderen Kapiteln zu Wirtschaft, Finanzen oder Infrastruktur stößt man auf eine AfD-Programmatik, die mit dem Handeln jener „kleinen Gruppe an den Schalthebeln der Macht“ ziemlich kompatibel sein dürfte und einer *Politik nach Bürgerlichem Gesetzbuch* durchaus entspricht. Offenbar ist die Unzufriedenheit mit der praktizierten Wirtschafts- und Sozialpolitik unerheblich im Vergleich zu den demokratischen Figuren, Sitten und Sprachregelungen des inkriminierten „Kartells“. „Merkel muss weg“, aber den Kapitalismus, wie sie ihn politisch managt, möchten auch die Rechtspopulisten als den von ihnen geschalteten Unterbau ihrer Alternative für Deutschland nicht missen. Durchaus ein kleines Rätsel.

Auch den europäischen Ausgriff der vaterländischen Marktwirtschaft will die AfD, Vorwürfen der ‚Altparteien‘ zum Trotz, nicht einfach ungeschehen machen oder aufs Spiel setzen. Zwar war die Ablehnung der Gemeinschaftswährung ein Entstehungsgrund der Partei, und es stellt bis heute einen Dissens mit dem ‚Establishment‘ dar, dass sie „*das Experiment EURO geordnet beenden*“ will⁴⁶. Dennoch teilt die AfD das Bestreben, aus dem ökonomischen Gewicht des europäischen Projekts deutschen Gewinn zu ziehen: „*Wir unterstützen Strukturreformen, um die internationale Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Staaten zu stärken, wenden uns jedoch entschieden gegen [...] zentralistische Tendenzen.*“ „*Sollten sich unsere grundlegenden Reformansätze im bestehenden System der EU nicht verwirklichen lassen, streben wir [...] die Neugründung einer Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft an.*“ Dasselbe außenpolitisch: „*Die AfD spricht sich dafür aus, in der Außenpolitik gesamteuropäische Interessen zu bündeln, ohne die Nationalstaaten in ihrer Souveränität [...] einzuschränken.*“ Und der sog. „Flügel“ der Partei ergänzt eine militärpolitische Perspektive: „*Zweck der neuen europäischen Ordnung ist es, [...] nach außen Europa vor An- oder Zugriffen zu schützen und als machtpolitische Einheit aufzutreten. Dazu bedarf es übergeordneter, gesamteuropäischer Institutionen [...]. Die von Grund auf zu erneuernden nationalen Streitkräfte [werden] in einer Europäischen Militärallianz gebündelt, die mittel- bis langfristig die Mitgliedschaft in der US-dominierten NATO überflüssig machen könnte.*“⁴⁷ Wieder dieses rätselhaft Doppelte: einerseits die Brüsseler Bürokraten und andere vaterlandslose Globalisten, die abzuservieren sind, andererseits ihr gesamteuropäisches Machwerk, das zu nationalem Nutzen bewahrt und gestaltet werden soll.

46 Sie könnte sich „über den Verbleib im Währungsverbund eine Volksabstimmung“ vorstellen, bei der sie allerdings auf Ablehnung setzt.

47 Siehe Fußnote 29

Die etablierten Parteien und ihre Öffentlichkeit halten sich ihrerseits nicht groß mit der AfD-Programmatik auf. Ihnen ist der Affront gegen die vorherrschende politische Kultur und seine Wählerwirksamkeit Indiz genug, um die Neurechten – bislang – aus dem Kreis der Demokraten herauszuhalten. Diesem Anliegen verdankt sich übrigens auch die relativ große Beachtung von Adornos Vorlesung. Getrennt von der Frage, ob jedes seiner Argumente in dieser Hinsicht taugt, wird er zu einer Berufungsinstanz dafür gemacht. Um diese Ablehnung zu kontern, beansprucht die AfD inzwischen vehement, eine *bürgerliche Partei* zu sein⁴⁸, was ihr die demokratische ‚Elite‘ mit vergleichbarer Vehemenz bestreitet. Der Anspruch kündigt von der Überzeugung, dass die neurechte Politik der nationalen Erneuerung tendenziell *mehrheitsfähig* werden kann. Die Partei sieht sich da schon gut aufgestellt: *„Ja, es ist tatsächlich fast alles vorhanden für eine politische Wende in Deutschland: Wähler, Unmut, Konturen eines Programms, Mandatsträger auf allen Ebenen, eine ins Tausend gehende Mitarbeiterschaft, ein sich ausdifferenzierendes Vorfeld, Theorie, Bücher und Zeitschriften, Initiativen, Stiftungen, Begriffe, vorzeigbare Gesichter.“*⁴⁹

In den Augen des zitierten Vordenkers steht die AfD schon „fast“ so da, wie alle Parteien mit Erfolgsaussicht. Für die zu vollendende bürgerliche ‚Normalisierung‘ eines nach Selbsteinschätzung *„gärigen Haufens“* (Gauland), bei dem *„der Stumpfsinn leider keine ganz seltene Eigenschaft“* ist⁵⁰, sind allerdings noch ein paar personelle und katechetische Hausaufgaben fällig: *„Zum Glück wird es [in Brandenburg und Sachsen] keine Koalitionsverhandlungen geben. Das bedeutet weitere geschenkte Jahre, die vor allem für die Behebung [des] Grundproblems genutzt werden sollten“*, das darin bestehe, einer größeren Zahl hinreichend alphabetisierter Mitglieder eine Parteikarriere in Aussicht zu stellen und sie dafür salonfähig zu machen. Dies ist Teil eines etwas wolkig formulierten Projekts namens: *„Normalität herstellen, das Eigene erkennen, das Wir definieren und verteidigen – wir werden dieses Konzept [...] in extenso behandeln. Unter anderem wird Alice Weidel vortragen.“*⁵¹ Besagtes „Konzept“ entspricht wohl nach einer Seite hin dem, was in anderen Oppositionsparteien mit dem Stichwort *„Politikfähigkeit“* benannt und in Wahlerfolgen und Koalitionen verwirklicht wurde und wird. Nach der anderen Seite hin soll die vorzeigbare *„Normalität“* immerhin einer veritablen *„Wende ohne halbe Sachen“* (Höcke, s.o.) dienen, bleibt also eine Kampfansage gerade an die Parteien, mit denen man ‚bürgerliche‘ Augenhöhe beansprucht. Noch ein kleines Rätsel.

48 *„Der AfD-Vorsitzende Alexander Gauland hat eine neue Lieblingsvokabel: Bürgerlichkeit. Das klingt respektabel, verlässlich und vertrauenerweckend – und so gar nicht nach Kontakten zu Neonazis. Genau deshalb ereifern sich auch Gaulands Gegner. Sie sprechen der Partei das Etikett kategorisch ab und fielen mit einem Shitstorm über eine Fernsehmoderatorin her, die es gewagt hatte, die AfD als bürgerlich zu titulieren.“* (NZZ 13.9.19) Der kommentierende Schweizer Chefredakteur hält den Streit mit etwas mehr Anstand auf beiden Seiten aber für durchaus überwindlich.

49 Kubitschek, a.a.O.

50 Ebd.

51 Ebd.; siehe auch <https://staatspolitik.de/20-ifs-sommerakademie-das-politische-minimum/>

6. „Fahnenwechsel aus der Mitte“

Das Rätsel löst sich vielleicht, wenn man sieht, wie die neurechte Zuversicht – neben Wahlergebnissen wie neulich in Ostdeutschland, wo sich die AfD bei den Wählern unter 30 mit den Grünen die beiden Spitzenränge teilt – dem Selbstbewusstsein entspringt, dass „*der Fahnenwechsel [zur AfD] aus der Mitte kommt*“⁵². In der Vorgeschichte ihrer Anführer und Mitmacher liegt ja nicht selten ein Zeitabschnitt als Mitglied oder Anhänger einer der etablierten Parteien. Der SPD-Bergmann Guido Reil oder der CDU-Staatssekretär Gauland stehen für diesen Typus, andere Figuren wie der CDU-Verfassungsschützer Maaßen oder der SPD-Finanzsenator Sarrazin begeben sich an diese Schnittstelle. Wähler der ‚Altparteien‘ sind ohnehin nicht zu knapp übergelaufen. Führende Demokraten sehen sich also zu Recht herausgefordert und angegriffen – und wollen einen Trennstrich ziehen, der als Verteidigungslinie eine spezifische Schwäche hat: „*Jede Partei müsse entscheiden, wo sie stehen wolle, betonte Steinmeier: ‚entweder völkisch kollektivistisch oder aufgeklärt bürgerlich‘. Beides gleichzeitig gehe nicht.*“⁵³ Dumm nur, dass die AfD gerade vorführt, wie beides gehen könnte. Den Übergang zum „Völkisch-Kollektiven“ machen Rechtspopulisten nämlich aus Überzeugungen, die sie in der Demokratie erworben haben. Dass ‚wir‘ für unsere Löhne, Renten und Staatsfinanzen ein permanentes Wirtschaftswachstum samt seinen europäischen und globalen Märkten brauchen, ist ein Grundkonsens der Demokraten, den auch Grüne und Linke teilen, wenn sie die ‚Ökologie mit der Ökonomie versöhnen‘ bzw. Letztere zur Basis ihrer Sozialstaatsillusionen machen wollen. Dass die Nation eine ‚uns‘ verbindende und daher verpflichtende Sache ist, die geschützt werden muss, brauchten ‚uns‘ nicht erst Herr Gauland oder Frau Weidel einzureden. Dass im Zweifelsfall zunächst der Staat und nicht die Demokratie zur Rettung ansteht, gehört zu ihrem Selbstverständnis und wurde in „Notstandsgesetzen“ parlamentarisch fixiert. Dass ‚wir‘ uns weltwirtschaftlichen und machtpolitischen Herausforderungen höchsten Kalibers stellen und dabei Rezessionen und sonstige Krisen abwettern müssen, lernt schon die Schuljugend. Auch, dass wir nicht der Zahlmeister Europas und das Sozialamt der Welt sein können. Der besagte „Fahnenwechsel“ ist also gut vorbereitet, wenn ein *bürgerliches Krisenbewusstsein sich radikalisiert*⁵⁴ und in privaten Geldnöten und Existenzsorgen, in betrieblichen Absatzrückgängen, Pleiten und Entlassungen, in staatlicher Haushaltskürzung oder Währungsrettung und von der Armutsmigration bis zu den Handelskriegen – also in den versammelten Folgen und Kollateralschäden des globalisierten Kapitalismus – lauter *Gründe für einen nationalen Schulterschluss* dingfest macht. Diesen Kraftakt trauen Rechtspopulisten dem demokratischen Establishment, das diese Krise willentlich oder aus Unfähigkeit herbeigeführt oder ihr zu wenig entgegengesetzt habe, nicht zu. Die alte ‚Elite‘ sei drauf und dran, die materiellen, finanziellen und vor allem völkischen Ressourcen der staatlichen Macht und

52 Ebd.

53 Tagesschau, a.a.O.

54 Der erwähnte Vordenker rechnet damit und setzt darauf, „*wenn der nächste gewaltige kalte Realitätsschock in die Deutschen fährt*“. (Kubitschek, a.a.O.)

damit die Nation selbst der Globalisierung wegen zu verspielen. Also müssten die Staatsgeschäfte der Schwäche und dem Sumpf der Altparteien entzogen und *vom Volk* einer neuen Bewegung übertragen werden, die eine nationale Wende herbeiführt. Die näheren Umstände dieser politischen Absicht hat dieser Aufsatz in den vorangegangenen Ausführungen referiert und kritisch besprochen.

Wenn die populistische Bewegung in Deutschland zugleich das Attribut ‚bürgerlich‘ für sich in Anspruch nimmt, liegt das vermutlich daran, dass sie sich diese Wende im Rahmen der gegebenen Gesellschaftsverhältnisse und zwischenstaatlichen Bindungen und auf dem Weg der parlamentarischen Mehrheitsbildung vornimmt und zutraut. Die AfD will die vorhandene Eigentumsordnung, die sie als ertragreiche Basis der Staatsmacht kennt, nicht ändern. Sie will auch den erreichten Stand der kapitalistischen Internationalisierung nicht zurückdrehen, der die Ansprüche erfolgreicher Nationalökonomien definiert und der auch die Populisten dahin bringt, mehr Gewicht *in* und mehr Nutzen *aus ihm* einzufordern. Insofern dürfte sich auch die soziale Lage des verehrten Volkes, genauer die der lohnabhängigen AfD-Anhänger, unter einer neurechten Führung nur ‚gefühl‘ verbessern, dahingehend nämlich, dass sich die Zahl der ‚Volksfremden‘ vergrößert, die vom Bezug von Billig- und Mindestlöhnen sowie von Lohnersatzleistungen ausgeschlossen ist. Auch für den Personenkreis, der dann als *politisch* ‚volksfremd‘ definiert wird, könnte das Leben ungemütlicher werden.

Weitere Prognosen sollten sich allerdings verbieten. Ob die Neurechten sich in kommenden Wahlen gegen den Konsens der Demokraten durchsetzen oder Koalitionen eingehen, was die einen wie die anderen einem eventuellen chinesischen Sieg in der Automobil-Konkurrenz, den Brexit-Folgen, dem weiteren Verlauf der Weltkonjunktur oder den neuen Herausforderungen durch die Weltmacht Nr. 1 entnehmen und entgegensetzen werden usw., das können die Kontrahenten selber noch nicht sagen. Für die Betroffenen ihrer politischen Absichten und herrschaftlichen Entscheidungen ist es in jedem Fall gut zu wissen, womit und mit wem sie es zu tun haben.⁵⁵



55 Der Leser kann ja rückblickend noch einmal prüfen, ob dafür die ‚Aspekte‘ Adornos und seiner Interpreten oder die in diesem Aufsatz vorgetragene brauchbarer sind.

*Über den Autor

Georg Schuster ist ein Pseudonym. Er war Lehrkraft an verschiedenen Schularten, bevor er 2016 das Berufsleben hinter sich ließ. Seit 2013 schreibt regelmäßig für das Magazin Auswege.

Kontakt:

antwort.auswege@gmail.com

AUSWEGE – Perspektiven für den Erziehungsalltag
Online-Magazin für Bildung, Beratung, Erziehung und Unterricht
www.magazin-auswege.de
antwort.auswege@gmail.com